



Bundesministerium des Innern, für Bau und Heimat
Herrn Staatssekretär
Dr. Markus Kerber
Alt-Moabit 140
10557 Berlin

Sehr geehrter Herr Staatssekretär Dr. Kerber,

wir begrüßen ausdrücklich, dass Bundesinnenminister Horst Seehofer eine breite gesellschaftliche Debatte über die Rolle von Religion und ihrem Verhältnis zum Staat anstoßen möchte und sich dabei auch auf die Rechte und Pflichten gemäß der Verfassung beruft. Der Humanistische Verband Deutschlands (HVD) fordert auf dieser Grundlage seit langem eine Klärung und Neuordnung der derzeitigen Kooperation zwischen den religiösen sowie nichtreligiösen Weltanschauungsgemeinschaften und dem Staat.

Als Weltanschauungsgemeinschaft vertritt der Humanistische Verband die Interessen und Rechte von religionsfreien Menschen und engagiert sich auf Basis von Toleranz, Selbstbestimmung und Solidarität für eine menschlichere Gesellschaft. Wir bieten darüber hinaus Unterstützung, Rat und Hilfe unabhängig von Nationalität, ethnischer Herkunft, Geschlecht oder Weltanschauung.

Religionsfreiheit ist ein Grund- und Menschenrecht und umfasst unumstritten auch das Recht, keiner Religion anzugehören. Staatliche Religions- und Weltanschauungspolitik in Deutschland hingegen ist von der einseitigen Berücksichtigung des stetig sinkenden religiösen Bevölkerungsanteils und einer besonderen Privilegierung der evangelischen und katholischen Kirchen gekennzeichnet. Dabei haben sich die religiösen und weltanschaulichen Orientierungen in der Gesellschaft in den vergangenen Jahrzehnten bedeutend verändert. Die nicht allein migrationsbedingt wachsende religiöse Pluralität in Deutschland stellt unsere Gesellschaft vor neue Herausforderungen, derer sich die Bundesregierung annehmen muss. Aber auch der stetig steigende Anteil der nicht-religiösen Menschen an der Bevölkerung gehört endlich in das Blickfeld der Politik. Nicht nur in Ostdeutschland, auch in weiten Teilen Westdeutschlands – insbesondere in den Großstädten – werden religionsfreie Menschen in absehbarer Zeit die Mehrheit der Bevölkerung darstellen.

Aus humanistischer Perspektive besteht in zweierlei Hinsicht Reformbedarf: Zum einen müssen die Interessen nichtreligiöser Menschen künftig besser berücksichtigt werden, zum anderen gehören die diskriminierenden Sonderrechte und Privilegien mancher Religionsgemeinschaften auf den Prüfstand. Das Modell der Kooperation zwischen Staat und Körperschaften öffentlichen Rechts hat sich grundsätzlich bewährt, bedarf aus Sicht des HVD aber einer Öffnung und Weiterentwicklung.

Vor diesem Hintergrund ist es nicht zeitgemäß, Gespräche nur mit Vertreter*innen der Kirchen sowie der muslimischen Verbände zu führen. Auch der Humanistische Verband Deutschlands gehört als Vertretung nichtreligiöser Menschen mit an den Verhandlungstisch, wenn es darum geht eine moderne und offene Religions- und Weltanschauungspolitik der Bundesregierung mitzugestalten.

Für einen konstruktiven Austausch stehen wir jederzeit gern zu Ihrer Verfügung und freuen uns über Ihre Einladung zu den geplanten Gesprächen.

Bei Rückfragen oder für eine Kontaktaufnahme kann sich Ihr Büro gern an unsere Bundesgeschäftsführerin, Frau Grit Lahmann wenden:

E-Mail: grit.lahmann@humanismus.de

Telefon: 0176 578 77 529

Mit freundlichen Grüßen



Dr. Florian Zimmermann
Präsident

**Humanistischer Verband
Deutschlands e.V.**

Bundesverband
Wallstr. 65
10179 Berlin
Tel.: 030 61390434
Fax: 030 61390450

hvd@humanismus.de
www.humanismus.de

Amtsgericht Charlottenburg
VR-Nr. 13723 Nz

Bank für Sozialwirtschaft
IBAN: DE68 1002 0500 0003 3271 00
BIC: BFSWDE33BER

Steuer-Nr. 27/667/51725